



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gothe, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Neuer Hochschulcampus Nürnberg – Planungen transparent gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

In seiner Sitzung vom 2. Mai 2017 hat das Kabinett eine neue Hochschuleinrichtung am Standort Nürnberg für 5.000 bis 6.000 zusätzliche Studierende beschlossen. Am 16. Mai 2017 hat das Kabinett in seiner Sitzung konkretisiert, dass es sich bei der neuen Einrichtung um eine eigenständige Universität in Nürnberg handeln solle. Nach jahrelangem Tauziehen um eine Stärkung und Ausweitung der Wissenschaftsstandorte Nürnberg und Erlangen und dem abrupten Aus für den Hochschulstandort "auf AEG" soll nun binnen drei Monaten ein Zukunftskonzept für die Hochschulstandorte Nürnberg und Erlangen inklusive der neuen Universität in Nürnberg erstellt werden. Die aktuellen Planungen unterscheiden sich aber deutlich von denen im März 2017 im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst vorgestellten Ideen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst des Bayerischen Landtags schriftlich und mündlich über das Zukunftskonzept für die Hochschulstandorte Nürnberg und Erlangen zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Vorüberlegungen gab es zum Beschluss über die neue Hochschuleinrichtung in Nürnberg in der Kabinettsitzung vom 2. Mai 2017? Liegt der Festlegung auf den neuen Standort in Nürnberg eine detaillierte und tragfähige Bedarfsanalyse zugrunde?
2. Wie sieht der genaue Zeitplan aus und wie wird das Parlament in den Entscheidungsprozess integriert werden?
3. Mit welchem Finanzbedarf ist für den neuen Hochschulcampus in Nürnberg, den Ausbau der Technischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) in Erlangen und die bauliche Modernisierung der in Nürnberg angesiedelten Erziehungswissenschaften der FAU zu rechnen?
4. Bleibt es bei der Aussage der Staatsregierung, dass für die Technische Hochschule (TH) Nürnberg Georg Simon Ohm bis 2018 ein Ausbau erfolgen soll? Wie verhält sich das im Hinblick auf die neue Hochschuleinrichtung in Nürnberg?
5. Welche Organisationsform soll die neue Hochschuleinrichtung in Nürnberg haben (Universität oder hochschulübergreifende Einrichtung)?
6. Wie sieht das genaue Finanzkonzept für den neuen Hochschulcampus in Nürnberg aus?
7. Wie bewertet die Staatsregierung Bedenken, mit der Errichtung einer selbständigen Universität Nürnberg würden Doppelstrukturen in der Verwaltung sowie eine Konkurrenzsituation sowohl zur FAU als auch zur TH Nürnberg entstehen?
8. Die Forschungsfelder, die am neuen Standort in Nürnberg angesiedelt werden sollen, sind größtenteils bereits an der FAU und der TH Nürnberg vorhanden. Auf welcher Grundlage hat sich die Staatsregierung für den Vorschlag der im Kabinettsbeschluss genannten Themenbereiche entschieden und wie will sie eine Konkurrenzsituation mit den bestehenden Hochschulen bzgl. der Forschungsthemen vermeiden?
9. Welche Rolle nimmt der Siemens-Konzern bei der Aushandlung der Konzeptdetails und den forschungspolitischen Zielsetzungen dieser Entscheidung ein und wie will die Staatsregierung sicherstellen, dass die Interessen des Konzerns mit den Akteuren der betroffenen Hochschulen und der Stadt Nürnberg konform gehen? Wird sich der Siemens-Konzern an der neuen Hochschuleinrichtung in Nürnberg finanziell beteiligen und wenn ja, in welcher Höhe?
10. Die Staatsregierung geht von 5.000 bis 6.000 neuen Studierenden am neuen Hochschulcampus Nürnberg aus. Wie viele Studienplätze sieht der Ausbau der Technischen Fakultät der FAU in Erlangen zusätzlich vor?
11. Wie sind die neuen Planungen für den Ausbau der Technischen Fakultät der FAU in Erlangen mit dem ursprünglichen Zukunftskonzept der FAU in Einklang zu bringen? Wie ist insbesondere der Flächenbedarf für den Ausbau mit dem aktuellen Flächenangebot vereinbar?
12. Von welchem Flächenbedarf für die neue Hochschuleinrichtung geht die Staatsregierung auf dem Gelände an der Brunecker Straße aus? Welche

Vereinbarungen wurden darüber mit der Stadt Nürnberg getroffen?

13. Wie sollen sich die Infrastruktur und die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Blick auf die neue Hochschuleinrichtung auf dem Gelände an der Brunecker Straße gestalten?
14. Wurde in die Planungen über die neue Hochschuleinrichtung in Nürnberg der Wissenschaftsrat einbezogen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Begründung:

Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 2. Mai 2017 Eckpunkte für ein Zukunftskonzept für die Hochschulstandorte Nürnberg und Erlangen beschlossen. Am 16. Mai 2017 wurde bekannt, dass am Standort Nürnberg eine eigenständige Universität entstehen solle. Vor drei Jahren hatte sich die Staatsregierung auf das AEG-Gelände als neuen Hochschulstandort für die FAU Erlangen-Nürnberg und die TH Nürnberg festgelegt. Das Scheitern dieses Standortes kann sowohl

auf ein fehlendes Konzept und einen fehlenden Finanzierungsplan als auch auf eine unzureichende Kommunikation mit dem Eigentümer zurückgeführt werden. Auch die räumlichen Kapazitäten des AEG-Standorts wurden offensichtlich nicht in die Entscheidung für den Standort einbezogen.

Der aktuelle Kabinettsbeschluss ist ein positives Signal für die Wissenschaftslandschaft der Metropolregion. Der Beschluss mutet allerdings auch diesmal überraschend eilig und wenig ausgegoren an. Einen weiteren unüberlegten Schnellschuss zu einem neuen Hochschulstandort darf es nicht geben. Nötig sind ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Hochschulen in Nürnberg und Erlangen, eine genaue Analyse des Bedarfs, die Einbeziehung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst und ein transparentes Verfahren. Nur so kann ein erneutes Scheitern verhindert werden, das fatal für die Planungssicherheit der Hochschulen Nürnberg und Erlangen wäre und erhebliche negative Auswirkungen auf die gesamte Metropolregion hätte. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, den Landtag umfassend und fortlaufend über das Konzept zum neuen Hochschulcampus in Nürnberg zu informieren und alle Beteiligten transparent in den Prozess einzubinden.